

Pressemitteilung
vom 4. Dezember 2007

Für E-Wirtschaft

Jürgen Hacker und Michael Kroehnert stellen zur Klimakonferenz in Bali Grundsatzpapier des BVEK zum freiwilligen Klimaschutz vor

Allgemein:

BVEK verabschiedet zur Klimakonferenz in Bali Grundsatzpapier zum freiwilligen Klimaschutz

Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) positioniert sich mit zehn Grundsatzpunkten. Präsenz mit Side Event am 10.12.07 auf der Klimakonferenz in Bali. Vorstand um neuen stellvertretenden Vorsitzenden Michael Kroehnert erweitert.

Basierend auf dem Kyoto-Protokoll, welches den Handel mit Emissionsrechten als ein wesentliches Instrument innerhalb der EU verankert, setzt sich der BVEK für die Schaffung eines Umfeldes ein, in dem sich der freiwillige Klimaschutz mit seinen Chancen und Potenzialen für Unternehmen und Privatpersonen ungehindert entwickeln kann. Darüber hinaus soll hierfür auch in Politik und Wirtschaft entsprechende Anerkennung und Beachtung gefunden werden.

Der Vorsitzende des BVEK, Jürgen Hacker, freut sich, dass der BVEK in Bali präsent sein wird und führt aus: „Wir werden auf der Klimakonferenz in Bali am 10. Dezember mit einem Side Event von 15.30 bis 17.30 Uhr vertreten sein. Überthema der Erfahrungsberichte und Vorschläge sowie der anschließenden Podiumsdiskussion wird sein „Safeguarding additionality – practical ways of keeping the CDM credible. Für die Diskussion konnten wir u.a. Franzjosef Schafhausen, BMU, Thomas Kleisner, Leiter CDM/TÜV Süd, und Pamposh Bhat, Leiter CDM Indien, gewinnen.“

Michael Kroehnert, neu gewählter stellvert. Vorsitzender des BVEK teilt zudem mit: „Soeben haben wir im Verband unser zehn Punkte umfassendes Grundsatzpapier zum freiwilligen Klimaschutz verabschiedet“. Die Inhalte:

1. Unabhängig von den Bestrebungen der EU, ab dem Jahr 2013 weitere Bereiche der Wirtschaft in den verpflichtenden Emissionshandel hinein zunehmen und auch unabhängig von der Anerkennung und Ratifizierung des Kyoto-Protokolls und deren Nachfolgeabkommen durch die restlichen Mitglieder der internationalen Staatengemeinde, sollten sich nach Meinung des BVEK aber auch alle anderen, derzeit nicht von den gesetzlichen Verpflichtungen des Emissionshandels betroffenen Unternehmen sowie alle natürlichen Personen an den Zielen des Kyoto-Protokolls auf freiwilliger Basis beteiligen können und sollen. Eine freiwillige Beteiligung sollte im Rahmen der jeweiligen wirtschaftlichen Situation und nach den individuellen Möglichkeiten des Unternehmens oder der natürlichen Personen ermöglicht werden.
2. Von deutschen Investoren sollten mehr Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern initiiert und durchgeführt werden. Hierbei sollte auf das vorhandenen Know-how dieser Unternehmen in höherem Maße und Umfang

zurückgegriffen werden und mehr Anreize und Investitionserleichterungen geschaffen werden, um das deutsche Exportgut Umwelttechnik effizienter gegen den Klimawandel einzusetzen.

3. Bei allen Projekten zum Klimaschutz, deren CO₂-Einsparung nach Deutschland importiert werden soll, ist die Grundregel der Zusätzlichkeit auf das genaueste einzuhalten. Hierbei ist es von zentraler Bedeutung, dass es sich bei den jeweiligen Klimaschutzprojekten um zusätzliche Projekte handelt, die nicht ohnehin aus Gewinnerzielungsgründen realisiert worden wären. Neben diesem Kriterium der Zusätzlichkeit müssen weitere ökologische Kriterien durch das Projekt erfüllt sein, damit dieses als Reduzierungsprojekt akzeptiert wird. Dies sind insbesondere die Prüfung von unabhängige Dritten, dass die kalkulierten Treibhausgasreduzierungen auch wirklich erfolgt sind bzw. in der Zukunft erfolgen werden, die Sicherstellung der Dauerhaftigkeit der CO₂-Minderungen und die Beweisführung, dass die Minderungen nicht zu zusätzlichen Emissionen an anderer Stelle führen wird.
4. Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von CO₂- und anderen Treibhausgaseinsparungen aus VER (Verified Emissions Reduction) und CER (Certified Emission Reduction) Projekten, sollte weiter gesteigert werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass diese Nachprüfbarkeit bezahlbar bleibt, da ansonsten kleinere Projekte in wirtschaftlich sehr armen Regionen für den Investor nicht mehr lohnend sind und somit in Zukunft auch nicht mehr entwickelt werden würden.
5. Dem einzelnen Menschen und Individuum als Verbraucher und als Mitverursacher vor allem der CO₂-Emissionen soll nicht nur Gelegenheit gegeben werden, sein Handeln in Sachen Klimaschutz zu verstehen, zu verändern oder zu neutralisieren, sondern darüber hinaus auch global aktiv und emissionsmindernd tätig werden zu können. Hierzu sollten dem einzelnen Menschen und interessierten Unternehmen Mittel, Methoden und Wege an die Hand gegeben werden, sich zusätzlich zur Vermeidung oder Verringerung der eigenen Emissionen in unbeschränkter Weise direkt oder indirekt an Klimaschutzmaßnahmen zu beteiligen.
6. Der Grundgedanke der Klimaneutralität sollte von möglichst allen Schichten der Bevölkerung und der Wirtschaft verstanden und akzeptiert werden. Hierbei sollte kommuniziert werden, dass das dahinter liegende Verursacherprinzip nicht der alleinige Weg zu einem besseren Klima ist. Auch der Weg des Sponsorings und der Spende von CO₂-Einsparungen sollte besser kommuniziert und akzeptiert werden.
7. Händler, Dienstleister und Beratungsunternehmen, die im innovativen Umfeld des Emissionshandels im freiwilligen Klimaschutz tätig sind, sollten besser in die wirtschaftlichen und gesetzlichen Strukturen unseres Staates eingebunden werden. Offene steuerliche, versicherungstechnische, rechtliche und soziale Fragestellungen sollten im Sinne einer Vereinfachung und Anpassung umgehend geklärt oder verbessert werden.
8. Unternehmen, die sich im Bereich des freiwilligen Klimaschutzes positionieren wollen, sollten eine breitere Unterstützung in unserer Gesellschaft erfahren. Dies gilt insbesondere für die Berichterstattung in den Medien, die Unterstützung durch die Kredit- und Kapitalbeteiligungsbranche sowie durch alle Unternehmen, Verbände und Behörden, die ihre Vertriebs- und Kommunikationsmöglichkeiten zur Bekanntmachung entsprechender Produkte und Dienstleistungen diesen Unternehmen zur Verfügung stellen sollten.
9. Zur Berechnung von Treibhausgasmengen für den freiwilligen Klimaschutz sollen möglichst standardisierte und wissenschaftlich fundierte Methoden verwendet

werden. Die Berechnung der Treibhausgasmengen sollen sollten möglichst die CO₂-Äquivalente nach dem Kyoto-Protokoll und die entsprechenden Faktoren des IPCC berücksichtigen.

10. Unternehmen und Dienstleister in Deutschland, die ihre Produkte und Services mit Klimaneutralität oder Klimaspenden aus anerkannten Klimaschutzprojekten unterstützen oder koppeln, sollten von allen Schichten der Bevölkerung und der Wirtschaft unterstützt werden. Dies gilt sowohl für die Bevorzugung von Produkten und Dienstleistungen dieser Unternehmen, als auch für die Akzeptanz eines Umweltmarketings dieser Unternehmen, wenn jeweils anerkannte Klimaschutzprojekte zu Grunde liegen.

Der BVEK wurde 2001 gegründet, um die Diskussion der sehr komplexen Zusammenhänge bei der Einführung von Emissionshandelssystemen und grenzüberschreitenden Klimaschutzaktivitäten in Deutschland zu professionalisieren, den Austausch von Informationen unter den Mitgliedern zu fördern sowie der Politik und Öffentlichkeit als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Hauptziel des Verbandes ist, die aktive Erfüllung der internationalen Verpflichtungen zur Emissionsverminderung durch ökonomisch sinnvolle Maßnahmen voranzutreiben.

Weitere Informationen erhalten Sie über unsere PR-Agentur c-zwei:

Dr. Christine Kalb

Fon: 030 / 8867 8837

Fax: 030 / 8867 8838

ch.kalb@c-zwei.de

oder unter www.bvek.de